

01) Großbritannien weist prominenten polnischen Journalisten aus

06. 10. 2021



Rafał Ziemkiewicz · Bildquelle:
Facebook

Der bekannte polnische Journalist Rafał Ziemkiewicz erlebte am Samstag, den 2. September, auf dem Londoner Flughafen Heathrow ein genauso skandalöses wie unglaubliches Abenteuer. Er landete mit seiner Frau und seine Tochter für einen zweitägigen Privataufenthalt, aber nur sie durften die Einwanderungskontrolle passieren. Herr Ziemkiewicz wurde zunächst festgenommen und dann in Untersuchungshaft gesetzt, bevor er nach Warschau abgeschoben wurde.

Eine rein private Reise

Die Tochter von Herrn Ziemkiewicz wurde als Studentin an der renommierten britischen Universität Oxford zugelassen. Rafał Ziemkiewicz und seine Frau begleiteten sie daher bei ihrem Umzug von Polen in letztere Stadt. Doch was als kurzer Familienreise gedacht war, nahm bald eine ganz andere, und zwar hochpolitische Wendung.

Ziemkiewicz, dessen Worte in einem Interview wiedergegeben wurden, das [am 3. Oktober von der konservativen polnischen Wochenzeitung *Do Rzeczy* veröffentlicht](#) wurde, für die er regelmäßig Beiträge und Kolumnen verfasst, erklärt dies sehr einfach:

„Meine Frau und meine Tochter passierten den Kontrollpunkt, während ich von einem Beamten angehalten wurde, der mir sagte, dass mit seinem Computer etwas nicht in Ordnung sei. Er bat mich, mich auf den Sitz neben ihm zu setzen und, wie er mir versicherte, einen Augenblick zu warten. [...] Aus fünf Minuten wurde eine Stunde, und dann verging eine weitere Stunde. Zuerst kamen ein paar Leute und stellten Fragen [...] über meine Töchter, mein Geburtsdatum, die Länder, in denen ich gewesen war, usw. Nach etwa zwei Stunden erschienen plötzlich einige Leute, die mich aufforderten, ihnen zu folgen. Dann begann die klassische Durchsuchung mit Fingerabdrücken und Fotos. [...]“

Medikamente, Papiere und Handy wurden ihm abgenommen

„Ich war besonders besorgt bezüglich meiner Diabetes-Medikamente, denn die Engländerin, die mich befragte, fragte mich, um welche Art von Medikament es sich handle und woraus es bestehe. Später wurden mir diese Medikamente weggenommen, weil es [einem Häftling in Abschiebehäft] nicht erlaubt ist, seine eigenen [Medikamente] mitzunehmen. Mir wurde gesagt, dass sie einen Krankenwagen rufen könnten, wenn ich mich unwohl fühle.“

Erst mehrere Stunden später wurde ich zu einem Einwanderungsbeamten vorgelassen, der eigentlich keine Fragen an mich hatte, sondern mir mitteilte, dass er mir riet, mein Ticket umzubuchen, da ich aufgrund meiner politischen Ansichten ohnehin nicht in das Vereinigte Königreich einreisen dürfe. Ich habe natürlich geantwortet, dass dies auf keinen Fall in Frage käme.

Ich fragte auch, was sie gegen meine politischen Ansichten hätten und was sie darüber wüssten, aber ich bekam keine Antwort. Der Beamte wiederholte, dass er nicht selbst entschieden habe, sondern nur Befehle befolge.

Nach etwa einer Stunde kam er mit einem Papier zurück, das von wer weiß wem unterzeichnet war, denn die Unterschrift war unleserlich. Die Entscheidung wurde getroffen, dass ich abgeschoben werden sollte, und ich wurde zu einem polnischen Flugzeug begleitet.

Mein Pass wurde der Flugzeugbesatzung ausgehändigt, und ich entdeckte etwas Interessantes, nämlich dass ein britisches Visum mit dem Datum des 2. Oktober und der Nummer des Beamten der Einwanderungsbehörde, der es ausgestellt hatte, eingeklebt war, und dass dieses Visum gut sichtbar mit Kugelschreiber durchgestrichen worden war. Offensichtlich wurde erst beschlossen, dass ich zugelassen werde, und dann hat wahrscheinlich jemand, der mehr Einfluss hat, beschlossen, einen Skandal zu verursachen und alles zu streichen.“

Solidarität der polnischen Journalisten mit ihrem Kollegen

Der Fall erregte natürlich großes Aufsehen in Polen, wo sich viele Journalisten sofort für ihren Kollegen einsetzten:

„Dies ist ein Grund für eine ernsthafte diplomatische Intervention. Ich sage das nicht, weil es einer meiner Kollegen ist. Unabhängig davon, wer unter den polnischen Kolumnisten und Journalisten von dieser Situation betroffen ist, sollte die Reaktion die gleiche sein, denn die Ursachen sind höchstwahrscheinlich Fragen der Meinungsfreiheit,“

schrieb ein weiterer Do Rzeczy-Journalist, [Łukasz Warzecha, auf Twitter](#). Der Chefredakteur dieser liberal-konservativen Wochenzeitung, [Paweł Lisicki, machte keinen Hehl aus seiner Empörung](#):

„Ich bin über diese Nachricht schockiert. Rafał Ziemkiewicz ist einer der bedeutendsten polnischen Journalisten [...] Leider sind die bisherigen Maßnahmen der britischen Behörden äußerst beunruhigend. Es handelt sich um einen Angriff am helllichten Tag auf einen polnischen Staatsbürger ohne Angabe von Gründen. Die Klärung der Situation liegt nun auch in der Verantwortung der polnischen Behörden.“

Entsprechend haben sich auch die polnischen diplomatischen Dienste für den am Flughafen Heathrow festgehaltenen Journalisten eingesetzt.

„Ihre Ansichten stehen im Widerspruch zu den britischen Werten“

Bei seiner Abschiebung wurde Ziemkiewicz ein [Dokument](#) mit dem Briefkopf des britischen Innenministeriums ausgehändigt – unleserlich unterschrieben, wie er betonte, aber mit der *Border Force*, Terminal 2, Flughafen Heathrow, als Verfasser –, in dem es hieß:

„Sie haben die Erlaubnis beantragt, als Besucher für zwei Tage in das Vereinigte Königreich einzureisen. Ich bin jedoch der Ansicht, dass Ihre Abschiebung aus dem Vereinigten Königreich im öffentlichen Interesse liegt. Ihr Verhalten und Ihre Ansichten stehen in der Tat im Widerspruch zu den britischen Werten und können bei Einzelpersonen Anstoß erregen, so dass es nicht wünschenswert ist, Ihnen die Einreise zu gewähren.[...] Ich verweigere Ihnen daher die Einreise in das Vereinigte Königreich [...] Ich habe veranlasst, Anweisungen für Ihre Abschiebung nach Polen zu geben...“

Guardian-Kampagne im Jahr 2018

Die Gründe für diesen Fall sind offenbar in der Kampagne zu suchen, die 2018 von The Guardian und insbesondere von der bengalischstämmigen muslimischen Abgeordneten Rupa Huq geführt wurde, die übrigens von sich selbst behauptete, für die Abschiebung von Rafał Ziemkiewicz am Wochenende in Heathrow mitverantwortlich zu sein. Zu dieser Zeit war Ziemkiewicz von einem Verein von in Großbritannien lebenden Polen eingeladen worden, um mehrere Vorträge zu halten. Alarmiert durch polnische linke Kreise, die diesem Journalisten, der aus seinen konservativen, souveränistischen und christlichen Ansichten keinen Hehl macht, feindlich gesinnt sind, hatten die britischen Linken dafür gesorgt, dass diese Reise nicht stattfinden konnte. Die Besitzer der Konferenzräume und sogar ein Restaurantbesitzer wurden damals von der britischen Polizei unter Druck gesetzt und bedroht und sagten alle Buchungen ab. Offenbar steht der Name von Rafał Ziemkiewicz immer noch auf der Liste der *personnæ non gratæ*, in einem Land, das seit dem 18. Jahrhundert der Vorreiter der liberalen Demokratie in Europa war und das nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts seinen Platz an der Spitze der totalitären Entwicklung der westlichen liberalen Demokratien bestätigt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) CANZUK: London hat eine neue imperiale Idee

Von Fabio Bozzo

05. 10. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Winston Churchill war zwar ein überzeugter Europäer, aber auch klar genug, um zu sagen: „Wenn wir gezwungen sind, zwischen Europa und dem offenen Meer zu wählen, werden wir

Engländer immer das offene Meer wählen“. Mit diesem Satz schien der Gigant der britischen Geschichte fast (und es war nicht das einzige Mal) einen Blick in die Zukunft geworfen zu haben. Der Brexit hat ihm Recht gegeben.

Die tieferen Gründe für den Brexit

Die Gründe für den Sieg von „Leave“ über „Remain“ sind bekanntlich vielfältig, einige konkret, andere in der Psychologie eines Inselvolkes verwurzelt, das dank seiner außerordentlichen Erfolge in den letzten drei Jahrhunderten in der Lage war, in allen Teilen der Welt anthropologische Klone zu schaffen. Die wahrscheinlich instinktivste Abneigung der Briten, insbesondere der Briten, gegen die Europäische Union rührt von den unterschiedlichen Arten von Souveränität her, die sich in Brüssel einerseits und auf der anderen Seite des Ärmelkanals entwickelt haben.

Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, kann man die politische Macht der EU als die Souveränität der Institutionen oder sogar der Bürokratie zusammenfassen, die de facto und teilweise de jure über dem Willen der Bürger stehen: Es genügt zu sagen, dass das einzige von den Bürgern der Union in allgemeinen Wahlen gewählte Organ das Europäische Parlament ist, das keine wirklichen Befugnisse hat. Nördlich des Ärmelkanals hingegen lebt ein Volk, das von ganz anderen Traditionen geprägt ist, darunter die Erfindung der Magna Charta Libertatum (die man, auch auf die Gefahr hin, anachronistisch zu sein, als eine Art Verfassung ante litteram bezeichnen könnte) und die Tatsache, dass es das erste in der europäischen Geschichte war, das im Namen der parlamentarischen Vorrechte einem Herrscher mit göttlichem Recht den Kopf abgeschlagen hat. Es versteht sich von selbst, dass für ein Volk mit einem solchen Stammbaum eine Europäische Union, in der die von der Regierung ernannten Großbürokraten und nicht die vom Volk gewählten Politiker das Sagen haben, befremdlich wäre.

Es sollte klar sein, dass niemand so naiv ist zu glauben, der Brexit sei nur aus idealistischen Gründen aufgrund der überlegenen demokratischen Reife Großbritanniens (die es tatsächlich gibt) zustande gekommen: Die Argumente der Brexiteers enthielten auch eine Dosis wirtschaftlichen Realismus, geopolitischen Zynismus und das gute alte nationale Interesse. Der wirtschaftliche Realismus sah in einer Wirtschaftsunion unter deutscher Führung eine Bedrohung für den traditionell freien Waren- und Kapitalverkehr mit der City of London als einem der weltweit führenden Finanzzentren. Der geopolitische Zynismus rührte von der Erkenntnis her, dass die besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (Großbritanniens stets und von allen geliebter ältester Sohn, auch wenn dieser nach einem heftigen Streit das Kaiserhaus verlassen hat) eine solide Stütze für London darstellten, selbst wenn es sich von Kontinentaleuropa lösen sollte. Die mathematische Summe aus dem Wunsch nach finanzieller Autonomie, dem Bewusstsein, von jenseits des Atlantiks Rückendeckung zu erhalten, und der objektiv überlegenen demokratischen Tradition (die zuweilen von einem paternalistischen Überlegenheitsgefühl geprägt ist) hat den Brexiteers den Sieg beschert.

Von der EU zu CANZUK?

Aus dem, was wir bisher gelesen haben, geht hervor, dass die Briten geopolitische und psychologische Eigenschaften des thalassokratischen Typs besitzen. Sie nehmen die Anglosphäre jenseits der Ozeane als ein Gebilde wahr, das zwar geografisch weiter entfernt ist, aber eine Identität hat, die der des alten Britanniens sehr viel ähnlicher ist. Und genau

hier entsteht ein sehr interessantes geopolitisches Integrationsprojekt. Die Rede ist von CANZUK, einem Akronym für Kanada, Australien, Neuseeland und das Vereinigte Königreich.

CANZUK ist der Vorschlag für eine Integration zwischen den oben genannten angelsächsischen Nationen, die in politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und militärischer Hinsicht entwickelt werden soll. Die Idee selbst ist nicht neu. Sie wurde in der Nachkriegszeit von dem neuseeländischen Historiker William D. McIntyre (1932 – heute) im Jahr 1967 in seinem Buch *Colonies into Commonwealth* (erneut) thematisiert. Es ist kein Zufall, dass der Vorschlag auf dem Höhepunkt der Entkolonialisierung aufkam, denn eine Art Konföderation zwischen Großbritannien und seinen Dominions (d. h. Staaten, die durch die Institution der britischen Monarchie vereint, aber in jeder Hinsicht unabhängig sind) hätte das Beste des Empire, seine Thalassokratie und sein heiliges Wirtschaftsprinzip, nämlich den Freihandel, gerettet. Seit diesem fernen Jahr 1967 ist CANZUK jedoch im Wesentlichen ein Thema für Intellektuelle und Akademiker geblieben.

Es gab drei Gründe für die erhebliche Unpraktikabilität der „postimperialen Konföderation“. Erstens schien es, als würde sich London mit dem Fortschreiten der europäischen Integration auch auf Seiten des Vereinigten Königreichs endlich der geografischen Nähe beugen und mit dem Kontinent verschmelzen müssen. Zweitens bestanden zwischen den Beitrittskandidaten bereits ausgezeichnete politische Beziehungen und Handelsabkommen auf verschiedenen Ebenen, so dass eine echte Integration als potenzielle Einschränkung ihrer Souveränität angesehen wurde, ohne jedoch wesentliche wirtschaftliche Vorteile zu bringen. Schließlich hat die absolute strategische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten während des Kalten Krieges die Schaffung eines weiteren militärischen Überbaus parallel zu den bestehenden Strukturen (NATO im Atlantik und ANZUS im Pazifik) verhindert.

Heute ist die Sowjetunion auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet, während die Vereinigten Staaten weniger in der Lage zu sein scheinen, alle planetarischen Fronten gleichzeitig zu beherrschen, als sie es in der Zeit von 1941 bis 1991 waren. Das Problem der Gefahr bürokratischer Überschneidungen bei strategischen Allianzen bleibt jedoch bestehen, da der sowjetische Feind von gestern durch den chinesischen von heute ersetzt wurde und die Vereinigten Staaten, auch wenn sie nicht mehr so dominant sind wie früher, nach wie vor das führende Land der westlichen Zivilisation sind.

Eine Idee, die die Angelsachsen (zumindest die Rechten) anspricht. Aber was würde eine solche angelsächsische Konföderation, die hypothetisch mit einer einheitlichen Außenpolitik, einem völlig freien Binnenmarkt und vielleicht auch einer einheitlichen Währung ausgestattet wäre, auf der geopolitischen Bühne bedeuten? Schauen wir uns einige Zahlen an. CANZUK hätte 136,5 Millionen Einwohner, Streitkräfte, die mit denen Chinas konkurrieren könnten, eine Wirtschaft, die nur von den beiden Supermächten übertroffen wird, und einen Index der menschlichen Entwicklung, der zu den höchsten der Welt gehört. Es überrascht nicht, dass das Projekt von allen Mitte-Rechts-Parteien in den betroffenen Ländern unterstützt wird.

Diese Unterstützung durch Konservative und Liberale beruht auf einer Kombination von teils konkreten, teils idealistischen und teils opportunistischen Gründen (eine Mischung, die sich in der Geschichte der englischsprachigen Völker, einschließlich der Vereinigten Staaten, stets als erfolgreich erwiesen hat). Die Freiheit, sich von einem Land in ein anderes zu begeben, birgt in Zeiten terroristischer Bedrohung zwar Risiken, bringt aber unbestreitbare wirtschaftliche Vorteile. Militärisch würde ein Gebilde entstehen, das den Vereinigten Staaten unterlegen und China vorerst ebenbürtig wäre. Großbritannien würde wieder zum

Dreh- und Angelpunkt eines „Imperiums“ der globalen Projektion werden und die unvermeidlichen Schwierigkeiten nach dem Brexit endgültig überwinden, während Australien und Neuseeland eine weitere starke Garantie gegen das Abenteuerertum des Herrschers von Peking hätten. Und schließlich würde Kanada im Vergleich zu heute weniger Gefahr laufen, von den Vereinigten Staaten weich assimiliert zu werden (eine ewige kanadische Sorge, die allerdings aus Zweckmäßigkeit und Höflichkeit nie laut ausgesprochen wird).

Umgekehrt stehen die verschiedenen Linksparteien dem konföderalen CANZUK-Projekt viel kälter oder offen feindselig gegenüber, fast wie in Dantes Kontrapasso. Mit der teilweisen Ausnahme der Labour-Partei und der britischen Liberaldemokraten, die immer noch hoffen, das Vereinigte Königreich durch das Fenster zurück nach Europa zu holen, nachdem die Wähler es aus der Tür gejagt haben, sind die Beweggründe im Wesentlichen ideologischer und Dritte-Welt-Art. Emblematisch in diesem Sinne ist die Intervention des ehemaligen australischen Labour-Premierministers Kevin Rudd, der das Projekt als „Schwachsinn“ bezeichnete. Weniger prosaisch, aber mehr auf den Kern der Sache konzentriert, war die Analyse des kanadischen Professors für internationale Angelegenheiten Srdjan Vucetic. Nach Ansicht des Akademikers ist CANZUK nichts anderes als eine kleinere und modernisierte Neuauflage des alten britischen Empire, diesmal beschränkt auf Länder mit weißer Mehrheit und daher diskriminierend und beleidigend gegenüber der schwarzen Bevölkerung. Die Analyse von Professor Vucetic ist interessant und aufrichtig antiwestlich. Einerseits wirft er dem CANZUK-Projekt rassistischen Neokolonialismus vor, kritisiert aber gleichzeitig, dass es Nicht-Weiße ausschließen will und gibt damit unbewusst zu, dass das britische Imperialsystem ein objektiver Fortschritt für fast alle afro-asiatischen Bevölkerungen war und wäre (wer das nicht glaubt, sollte nach Hongkong gehen).

Bisher haben wir das Potenzial und die Meinungen für und gegen eine fast vollständige Neuauflage des bereits 1884 geplanten Reichsverbandes gesehen. Analysieren wir nun die Faktoren, die die Entstehung von CANZUK konkret begünstigen oder behindern könnten.

Zu den Befürwortern gehört sicherlich auch die öffentliche Meinung in allen betroffenen Ländern: In der letzten Umfrage von 2018 zur stärkeren Integration sprachen sich 73 % der Australier, 76 % der Kanadier, 68 % der Briten und sogar 82 % der Neuseeländer dafür aus. Eine solche Unterstützung der Bevölkerung für eine Idee, die bisher nur denkbar ist, stützt sich auf konkrete Elemente wie eine gemeinsame englische Sprache und ein gemeinsames Rechtssystem, eine fast deckungsgleiche Geschichte und ein politisch-wirtschaftliches System. Kurz gesagt, die gesamte Lebensweise der betroffenen Gemeinschaften. Es liegt auf der Hand, dass es mehr als genug Grundlagen gibt, um eine supranationale Einrichtung zu schaffen, die weitaus effizienter ist als die Europäische Union selbst.

Aber auch die Faktoren, die dagegen sprechen, sind nicht gleichgültig. Zunächst einmal die geografischen Entfernungen. Obwohl sie Zwillingsvölker sind, haben die über die ganze Welt verstreuten englischsprachigen Völker in sehr weit entfernten und sehr unterschiedlichen Gebieten Wurzeln geschlagen, was zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen geführt hat. Und dann ist da noch die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika. Die größte der englischsprachigen Nationen ist sowohl positiv als auch negativ für die anderen Kinder des Britischen Empire und für ihre Matrix, das Vereinigte Königreich, präsent. Positiv, weil die Vereinigten Staaten ihre angelsächsischen Brüder im Bedarfsfall niemals im Stich lassen werden (wie die Geschichte bereits gezeigt hat) und weil Washington das wichtigste Bollwerk zur Verteidigung des Westens bleibt. Negativ, weil die USA mit ihrem demografischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewicht nicht in das CANZUK-Projekt integriert werden können, sonst wären es die anderen, die in die USA

eingegliedert würden. Außerdem ist es nicht sicher, dass die Große Nordamerikanische Republik eine Lockerung ihres Einflusses auf Kanada, der derzeit auf allen Ebenen (wirtschaftlich, militärisch, strategisch und sogar soziokulturell) absolut ist, allzu wohlwollend betrachten würde. Die letzte Schwierigkeit schließlich ist die immer wiederkehrende Gefahr, dass sich zu viele supranationale Strukturen überschneiden. Gegenwärtig sind sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Kandidatenländer für die Gründung von CANZUK militärische Verbündete. Dieses Bündnis ist so eng, dass es mit drei weiteren Organisationen sogar über den Rahmen der NATO hinausgeht: den „Five Eyes“, dem Zusammenschluss der Geheimdienste der englischsprachigen Völker; den ABCANZ-Armeen, dem Programm zur Maximierung der Interoperabilität der jeweiligen Streitkräfte; und schließlich dem erst kürzlich gegründeten AUKUS, einer echten NATO des indopazifischen Raums zur Koordinierung der Maßnahmen der englischsprachigen Länder gegen den chinesischen Expansionismus.

All diese Organisationen zeigen, dass die großen englischsprachigen Nationen mit einer Bevölkerungsmehrheit alter und neuer europäischer Herkunft bereits auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene stark integriert sind: Dies erschwert paradoxerweise jede weitere politische Integration erheblich.



Fabio Bozzo hat an der Universität Genua Geschichte mit Schwerpunkt Moderne und Zeitgeschichte studiert. Er ist Essayist und Autor von *Ukraine in Flammen. Le radici di una crisi annunciata* (2016), *Dal Regno Unito alla Brexit* (2017), *Scosse d'assestamento. „Piccoli“ conflitti dopo la Grande Guerra* (2020) und *Da Pontida a Roma. Storia della Lega* (2020, mit einem Vorwort von Matteo Salvini).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MECHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER